



Berlin, 05. November 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Erschrocken erfährt die Bevölkerung von Milliardengräbern, die allzu leichtfertige Banker verursacht und aufgerissen haben. Waren es zunächst Alarmmeldungen aus Landesbanken, über die in der übrigen Bankenwelt gespöttelt wurde, „Die können es eben nicht“, sind jetzt nach der Lehman-Pleite in den USA fast alle Geldinstitute in Europa betroffen. Die Namen Hypo-Real-Estate mit der Tochter DEPFA stehen als Synonym für diese Milliardengräber.

In der Finanzwelt wurden Gewinne in der Vergangenheit maximiert ohne Rücksicht auf Risiken. Die Risikogeschäfte lagerte man ins Ausland aus auf Tochterfirmen, die in der irischen Hauptstadt Dublin ihren Sitz gründeten, wie auch die Hypotochter DEPFA. Die Gewinne wurden planmäßig in Steueroasen verlagert, damit in der Gewinnphase möglichst wenige oder am besten gar keine Steuern bezahlt werden mussten. Geht die Sache schief, haftet dann der Mutterkonzern, der selbstverständlich in Deutschland angesiedelt ist.

Kommt dadurch die Mutter ins Trudeln, wie jetzt geschehen, muss der Staat einspringen, weil sonst der ganze Geldverkehr zusammenbricht. In aller Eile musste die Bundesregierung ein 500 Mrd. € Paket beschließen. Es handelt sich um Summen, von denen dem normalen Bürger schwindelig wird und bei denen er sich besorgt fragt: „Wer soll das bezahlen?“. Zur Beruhigung trägt keinesfalls bei, wenn der Bundesfinanzminister versichert, dass 400 Mrd. € nur für Bürgschaften zur Verfügung stehen. Für Bürgschaften von denen er hofft, dass sie nie in Anspruch genommen werden müssen. Die restlichen 100 Mrd. sollen für verschiedene Stützungsmaßnahmen eingesetzt werden, mit der Hoffnung, dass auch dieser Teil des Hilfspakets nicht komplett haushaltswirksam wird.

Keine Frage, Bundesfinanzminister Steinbrück hat in der Krise gute Arbeit geleistet, auch wenn die meisten Bürgerinnen und Bürger diese Notoperation des Staates nicht verstehen. Deutlich sichtbar wird, dass hochbezahlte Bankmanager den Karren an die Wand gefahren haben. Kolleginnen und

Kollegen des öffentlichen Dienstes, die einen Bruchteil dessen verdienen, was Bankmanager auf ihren Konten gutschreiben, müssen den Karren nun wieder mit aus dem Schlamassel ziehen. Die politisch Verantwortlichen, Bundesfinanzminister und Bundeskanzlerin, die ebenfalls nur einen Bruchteil der Managerbezüge erhalten, sind plötzlich in die volle Verantwortung für die gesamte Schadensbewältigung gedrängt. Alle Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihnen, dass sie die Misere schnellstens beheben.

Die Finanzkrise beweist plastisch, dass ein unkontrollierter Markt für uns alle gefährlich wird. Das Soziale an der Marktwirtschaft wurde vernachlässigt und vergessen. Dieses soziale Element ging auch deswegen verloren, weil die Kontrolle, die Bankenaufsicht, nicht funktioniert hat. Die Bankentöchter mit Risikogeschäften wurden zwar planmäßig ausgelagert nach Irland, wegen der Steuerersparnis, aber eben auch wegen der fehlenden Bankenaufsicht. Auch wenn die deutsche Bankenaufsicht für die Irlandtöchter keine Zuständigkeit hat, wundert es einen schon, dass sie nicht bei den Müttern nach den Risiken gefragt hat. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Diese Erfahrung über die unbezweifelbare Notwendigkeit von Kontrollen müssen wir nun wieder alle machen. Dies gilt für den Finanzmarkt, dies gilt eben auch für den Steuerbereich. Gerne wird die Erkenntnis von den politischen Kräften verdrängt, wenn es um die Gestaltung des Steuervollzugs geht und Personal in den Finanzämtern weiter eingespart. Am Ende dürfen wir alle die negativen Folgen für die staatlichen Kassen tragen und die Suppe auslöffeln. Wirksamere Gesetze für die Bankenaufsicht und auch eine 10-jährige Verjährungsfrist für die Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung sind erforderlich. Ich verstehe nicht, dass die von uns geforderte Verlängerung der Frist für die Verjährung der Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung auf 10 Jahre von Teilen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Frage gestellt wird. Warum schützen Mitglieder des Deutschen Bundestages Steuerhinterzieher? Dankbar sind wir Bundesfinanzminister Peer Steinbrück für seine Klartextreden. Steuerhinterzieher sind Kriminelle! Steueroasenländer sind Schurkenstaaten! Hoffentlich folgen solchen starken Worten auch Taten.

Wirksame Personalverstärkungen und die gesetzliche Grundlage für entsprechende Sanktionen bei Fehlverhalten sind die notwendigen Konsequenzen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)